

Inhaltsverzeichnis

Die Herausgeber	7
Die Autoren	7
Vorwort der Herausgeber zur 25. Auflage (Prüfung 2026)	8
Vorwort der Autoren zur 25. Auflage (Prüfung 2026)	9
Inhaltsübersicht »Die Steuerberaterprüfung« Bände 1–3	12
Themen des Prüfungsstoffs, geordnet nach Prüfungstagen	15
Abkürzungsverzeichnis	17
A Besteuerung der Einzelunternehmen	45
I Grundfragen der Gewinnermittlung (inklusive § 4 Abs. 3-Rechnung)	47
1 Betriebsvermögensvergleich und Einnahmenüberschussrechnung	47
1.1 Überblick	47
1.2 Der technische Unterschied im Einzelnen	47
1.3 Der Personenkreis für die Überschussrechnung	48
1.4 Wahl der Ermittlungsart	49
2 Die Überschussrechnung im Einzelnen	50
2.1 Der »Überschuss« der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben	50
2.1.1 Die Betriebseinnahmen im Gewinnsteuerrecht	50
2.1.2 Besonderheiten bei den Betriebseinnahmen	51
2.1.3 Die Sonderbehandlung durchlaufender Posten (§ 4 Abs. 3 S. 2 EStG) ...	53
2.2 Die Technik des § 11 EStG	54
2.2.1 Leistungen an Erfüllung statt und erfüllungshalber	54
2.2.2 Der »kurze Zeitraum« bei den regelmäßig wiederkehrenden Betriebseinnahmen und -ausgaben	54
2.2.3 § 11 EStG und der Betriebsausgaben-Abfluss	55
2.3 Einzelne Posten der Überschussrechnung	56
2.3.1 Das Umlaufvermögen	56
2.3.2 Das abnutzbare Anlagevermögen	57
2.3.3 Das nicht abnutzbare Anlagevermögen	59
2.4 Spezialfragen der Überschussrechnung	60
2.4.1 Entnahmen und Einlagen (technische Fragen)	60
2.4.2 Die Bedeutung von (Bar-)Geld	65
2.4.3 Probleme mit der Umsatzsteuer bei der Überschussrechnung	65
2.4.4 Der Tausch	67
2.4.5 Gewillkürtes Betriebsvermögen bei § 4 Abs. 3 EStG	67
2.4.6 § 4 Abs. 3 EStG bei Erwerb und Verkauf mit wiederkehrenden Zahlungen	68
2.4.7 Zusammenfassung (Schema zur § 4 Abs. 3-Rechnung)	68
2.5 Der Wechsel der Gewinnermittlung	74
2.5.1 Gründe für den Wechsel	74
2.5.2 Das technische Problem und die Lösung	74
2.5.3 Zusammenfassende Fallstudie	76
2.5.4 Ausgewählte Fragen zum Wechsel	84

3	Bedeutung der Entnahmen und Einlagen bei der Gewinnermittlung	85
3.1	Arten und Notwendigkeit der einzelnen Korrekturposten – Übersicht	85
3.2	Die Entnahmen beim Einzelunternehmer	88
3.3	Die Einlagen beim Einzelunternehmer	91
3.3.1	Grundzüge und Wirkungsweise der Einlage	91
3.3.2	Gegenstand der Einlage, insbesondere die Nutzungs(-aufwands-) einlage	91
3.3.3	Die Bewertung der Einlage	92
3.4	Gesellschaftsrechtliche Privatvorgänge, insbesondere die Einlage	93
3.4.1	Der Privatbereich und die gesellschaftsrechtliche Gewinnermittlung – Überblick	93
3.4.2	Steuerrechtliche Fragen zum Privatbereich der Personengesellschafter	95
3.4.3	Der Privatbereich der Gesellschafter bei einer Kapitalgesellschaft, insbesondere die verdeckte Einlage	97
4	Absetzung für Abnutzung	99
4.1	Planmäßige Abschreibung auf das abnutzbare Anlagevermögen – Absetzung für Abnutzung und Substanzverringerung (ohne Gebäude-AfA)	99
4.1.1	Einführung (Zweigleisigkeit der AfA)	99
4.1.2	Die planmäßige AfA im Steuerrecht – Überblick	99
4.1.3	Die Ausnahme: Absetzung für außergewöhnliche technische oder wirtschaftliche Abnutzung (§ 7 Abs. 1 S. 7 EStG)	101
4.1.4	Beginn und Ende der AfA	103
4.1.5	Die Bemessungsgrundlage bei der AfA (R 7.3 EStR)	103
4.1.6	Nachträgliche Herstellungskosten	104
4.1.7	Nachholung unterlassener AfA (H 7.4 EStH und H 7.5 EStH)	104
4.1.8	AfA nach außergewöhnlicher Absetzung oder Teilwertabschreibung ...	105
4.1.9	AfA nach Gewährung eines Zuschusses in einem auf das Jahr der Anschaffung oder Herstellung folgenden Wirtschaftsjahr	105
4.1.10	Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz bei der Wahl der linearen oder degressiven AfA	105
4.2	AfA bei Gebäuden	105
4.2.1	Allgemeines	105
4.2.2	Lineare AfA nach § 7 Abs. 4 EStG	106
4.2.3	Sonder-AfA bei Gebäuden nach § 7b EStG	111
4.2.4	Staffel-degressive AfA nach § 7 Abs. 5 EStG	111
4.2.5	AfA bei Personengesellschaften (bei Mitunternehmern)	112
4.2.6	Nachholung unterlassener AfA	113
4.2.7	Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz bei der Wahl der linearen oder degressiven AfA	113
4.2.8	AfA bei selbständigen Gebäudeteilen	114
4.3	Gemeinsame Vorschriften für erhöhte Absetzungen und Sonderabschreibungen (§ 7a EStG, R 7a EStR)	114
4.3.1	Nachträgliche Herstellungs- oder Anschaffungskosten	114
4.3.2	Nachträgliche Minderung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten .	114
4.3.3	Mindestabsetzung bei erhöhten Absetzungen	115
4.3.4	AfA neben Sonderabschreibungen	115
4.3.5	Kumulierungsverbot	115
4.3.6	Abschreibungen bei mehreren Beteiligten	116

	4.3.7	Buchmäßiger Nachweis	116
	4.3.8	AfA nach Sonderabschreibungen	116
4.4		Investitionsabzugsbetrag und Sonderabschreibung gemäß § 7g EStG	118
	4.4.1	Regelung des § 7g EStG	118
	4.4.2	Persönliche Voraussetzungen	118
	4.4.3	Sachliche Voraussetzungen	118
	4.4.4	Höhe des Investitionsabzugsbetrags (§ 7g Abs. 1 EStG)	118
	4.4.5	Höhe der Sonderabschreibung (§ 7g Abs. 5 EStG)	119
	4.4.6	Begünstigte Wirtschaftsgüter (§ 7g Abs. 1 S. 1 EStG)	119
	4.4.7	Hinzurechnung des Investitionsabzugsbetrags (§ 7g Abs. 2 S. 1 EStG) ..	119
	4.4.8	Herabsetzung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten (§ 7g Abs. 2 S. 3 EStG)	119
	4.4.9	Rückgängigmachung des Abzugs	119
	4.4.10	Anwendung bei Personengesellschaften	120
	4.4.11	Abschließende Beispiele	121
II		Die Bilanzierung	123
1		Bilanzierungsgrundsätze	123
	1.1	Allgemeines	123
	1.2	Das Prinzip der Maßgeblichkeit	123
	1.2.1	Allgemeines	123
	1.2.2	Durchbrechung der Maßgeblichkeit	125
	1.2.3	Aufstellung einer abweichenden Steuerbilanz	125
	1.2.4	Anpassung der Bilanzposten außerhalb der Bilanz	127
	1.2.5	Schematische Darstellung der Abweichungen zwischen Handelsbilanz und Steuerbilanz	128
	1.3	Bilanzierung dem Grunde nach (Ansatz)	132
	1.4	Vermögensgegenstand/Wirtschaftsgut	132
	1.5	Zurechnung der Vermögensgegenstände	133
	1.5.1	Allgemeine Grundsätze	133
	1.5.2	Das Finanzierungsleasing als besondere Form des wirtschaftlichen Eigentums	134
	1.6	Mietereinbauten	138
	1.6.1	Allgemeines	138
	1.6.2	Scheinbestandteile	138
	1.6.3	Betriebsvorrichtungen	139
	1.6.4	Sonstige Mietereinbauten/Mieterumbauten	139
	1.7	Zuordnung	141
	1.7.1	Grundsatz	141
	1.7.2	Notwendiges Betriebsvermögen	142
	1.7.3	Privatvermögen	142
	1.7.4	Gewillkürtes Betriebsvermögen	142
	1.7.5	Gliederung des Betriebsvermögens	142
	1.8	Bilanzierungsverbote	143
2		Bewertungsfragen	143
	2.1	Bewertungsgrundsätze	143
	2.1.1	Allgemeines	143
	2.1.2	Die einzelnen Grundsätze	143
	2.1.3	Anwendungsgrundsätze für die Wertaufhellung	146

2.2	Bewertungsvorschriften nach Handels- und Steuerrecht	149
2.3	Handelsrechtliche Bewertung des abnutzbaren Anlagevermögens	149
2.3.1	Steuerrechtliche Bewertung des abnutzbaren Anlagevermögens	150
2.3.2	Handelsrechtliche Bewertung des nicht abnutzbaren Anlagevermögens	151
2.3.3	Steuerrechtliche Bewertung des nicht abnutzbaren Anlagevermögens	151
2.3.4	Handelsrechtliche Bewertung des Umlaufvermögens	152
2.3.5	Steuerrechtliche Bewertung des Umlaufvermögens	152
2.3.6	Voraussichtlich dauernde Wertminderung und Wertaufholung im Steuerrecht	153
3	Bewertungsmaßstäbe und Erwerbsmodalitäten	159
3.1	Anschaffungskosten	159
3.1.1	Handelsrecht	159
3.1.2	Steuerrecht	159
3.2	Herstellungskosten	167
3.2.1	Handelsrecht	167
3.2.2	Steuerrecht	168
3.3	Börsen- oder Marktpreis	170
3.4	Beizulegender Wert	171
3.5	Teilwert	171
3.5.1	Allgemeines	171
3.5.2	Vermutungen für die Höhe des Teilwerts (Teilwertvermutung)	172
3.5.3	Widerlegung der Teilwertvermutung	172
3.5.4	Besonderheit bei der Bestimmung der Höhe der Teilwertabschreibung	172
3.6	Gemeiner Wert	173
III	Einzelne Aktivposten	175
1	Immaterielle Vermögensgegenstände	175
1.1	Bilanzierungsvorschriften	175
1.1.1	Grundsätzliches Bilanzierungsgebot	175
1.1.2	Bilanzierungsverbot	175
1.1.3	Entgeltlicher Erwerb eines immateriellen Wirtschaftsguts	176
1.2	Immaterielles Gesamtwirtschaftsgut	177
1.3	Immaterielle Einzelwirtschaftsgüter	177
2	Grundstücke und Gebäude	178
2.1	Allgemeines	178
2.2	Gebäudeteile	180
2.2.1	Grundsatz	180
2.2.2	Gebäudeteile als selbständige Wirtschaftsgüter	180
2.2.3	Einteilung eines Gebäudes nach Funktionszusammenhang (R 4.2 Abs. 4 EStR)	181
2.2.4	Zugehörigkeit von Grundstücken und Grundstücksteilen zum Betriebsvermögen von Einzelunternehmen	182
2.2.5	Zugehörigkeit von Grundstücken und Grundstücksteilen zum Betriebsvermögen von Personengesellschaften	184

	2.2.6	Zugehörigkeit von Grundstücken und Grundstücksteilen zum Betriebsvermögen von Kapitalgesellschaften	186
	2.2.7	Weitere Fälle zu R 4.2 EStR	186
3		Technische Anlagen, Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	188
	3.1	Technische Anlagen und Maschinen	188
	3.2	Betriebs- und Geschäftsausstattung	188
	3.3	Geleistete Anzahlungen	188
	3.4	Anlagen im Bau	189
4		Beteiligungen an Kapitalgesellschaften	189
	4.1	Vorbemerkung	189
	4.2	Begriff	189
	4.3	Bewertung	189
	4.3.1	Anschaffungskosten	189
	4.3.2	Niedrigerer beizulegender Wert/Teilwert	190
	4.4	Beteiligungserträge	190
	4.4.1	Allgemeines	190
	4.4.2	Höhe der Beteiligungserträge	191
5		Wertpapiere	191
	5.1	Allgemeines	191
	5.2	Zurechnung der Wertpapiere zum Betriebsvermögen	191
	5.3	Anschaffungskosten	191
	5.4	Niedrigerer Stichtagswert/Teilwert	191
	5.4.1	Grundsatz	191
	5.4.2	Ermittlung des niedrigeren Teilwerts	193
	5.5	Einzelbewertung/Durchschnittsbewertung	194
	5.6	Bezugsrechte und junge Aktien	195
	5.7	Behandlung der Stückzinsen	196
	5.8	Behandlung der Wertpapiererträge	196
	5.8.1	Steuerliche Behandlung der Erträge aus Aktien	196
	5.8.2	Buchhalterische Behandlung	197
	5.8.3	Beteiligung einer Kapitalgesellschaft	197
	5.8.4	Buchmäßige Behandlung der Erträge aus festverzinslichen Wertpapieren	198
6		Vorräte	198
	6.1	Definition	198
	6.2	Teilwertabschreibungen bei Warenvorräten	199
	6.2.1	Teilwertabschreibung beim Sinken der Einkaufspreise	199
	6.2.2	Teilwertabschreibung bei Unbrauchbarkeit oder Beschädigung der Ware	199
	6.2.3	Teilwertabschreibung beim Sinken der Verkaufspreise	199
	6.3	Verlustfreie Bewertung/retrograde Ermittlung des Teilwerts	200
	6.4	Bewertungsvereinfachungsverfahren	200
	6.4.1	Durchschnittsbewertung	200
	6.4.2	Verbrauchsfolgeunterstellung	202
	6.5	Festwert	204
	6.5.1	Handelsrechtliche Regelung	204
	6.5.2	Steuerrechtliche Regelung	204

7	Forderungen und ihre Bewertung	205
7.1	Forderungen im Anlagevermögen und Umlaufvermögen	205
7.2	Bewertung der Forderungen	205
7.2.1	Anschaffungskosten	205
7.2.2	Niedrigerer Stichtagswert/Teilwert	206
7.2.3	Verrechnungsverbot	208
7.2.4	Sonderfall der Forderung: Unfertige Bauten auf fremdem Grund und Boden	208
8	Bewertung von Fremdwährungsposten in der Bilanz	209
8.1	Einleitung	209
8.2	Bewertungsgrundsatz	210
8.3	Zeitpunkt der Bewertung	211
8.3.1	Devisenbestände und Konten in ausländischer Währung	211
8.3.2	Forderungen und Verbindlichkeiten in ausländischer Währung	211
8.3.3	In ausländischer Währung angeschaffte Vermögensgegenstände	211
8.3.4	Schwebende Geschäfte	212
8.4	Devisentermingeschäfte	213
8.5	Geschlossene Position	214
8.6	Wertpapiere in ausländischer Währung	215
IV	Rechnungsabgrenzungsposten	217
1	Aktive Rechnungsabgrenzung	217
2	Passive Rechnungsabgrenzung	217
3	Gemeinsame Voraussetzung für die Bildung von Rechnungsabgrenzungsposten	217
4	Spezialvorschriften	219
5	Damnum (Disagio)	220
V	Geringwertige Wirtschaftsgüter	221
VI	Einzelne Passivposten	225
1	Steuerfreie Rücklagen	225
1.1	Übertragung stiller Reserven bei der Veräußerung bestimmter Anlagegüter (§ 6b EStG)	225
1.1.1	Grundsatz	225
1.1.2	Voraussetzungen	225
1.1.3	Übertragung aufgedeckter stiller Reserven	226
1.1.4	Bildung einer Rücklage	227
1.1.5	Auflösung der Rücklage	228
1.1.6	Gewinnzuschlag	228
1.1.7	Übertragung von Gewinnen aus der Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften	228
1.1.8	Übertragungsmöglichkeiten in personeller Hinsicht, insbesondere bei Mitunternehmern	231
1.1.9	Aufgabe oder Veräußerung des Betriebs	233
1.1.10	Fortführung der Rücklage bei der Realteilung von Personengesellschaften	233
1.2	Übertragung stiller Reserven bei Ersatzbeschaffung (R 6.6 EStR)	233
1.2.1	Voraussetzungen	233
1.2.2	Höhere Gewalt/behördlicher Eingriff	234
1.2.3	Entschädigung	234

	1.2.4	Übertragung aufgedeckter stiller Reserven	234
	1.2.5	Ersatzwirtschaftsgut	236
	1.2.6	Bildung einer Rücklage für Ersatzbeschaffung (RfE)	236
	1.2.7	Auflösung der Rücklage	236
	1.2.8	Aufgabe und Veräußerung des Betriebs	237
2		Rückstellungen	237
	2.1	Allgemeines	237
	2.2	Rückstellungen in der Handelsbilanz	237
	2.2.1	Bilanzierungsvorschriften (§§ 249 und 274 Abs. 1 HGB)	237
	2.2.2	Bewertungsvorschriften (§ 253 Abs. 1 S. 2 und Abs. 2 HGB)	238
	2.3	Rückstellungen in der Steuerbilanz	238
	2.3.1	Bilanzierungsvorschriften (Grundregel)	238
	2.3.2	Gesetzliche Vorschriften über Rückstellungen im Steuerrecht	238
	2.3.3	Bewertung von Rückstellungen in der Steuerbilanz (§ 6 Abs. 1 Nr. 3a EStG)	239
	2.4	Spezielle Probleme bei der Bildung von Rückstellungen in der Steuerbilanz	242
	2.4.1	Der Haupttyp: Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten	242
	2.4.2	Rückstellung für öffentlich-rechtliche Verpflichtungen	242
	2.5	Besondere Rückstellung in der Handelsbilanz	245
	2.6	Verpflichtungsübernahmen	247
	2.7	Auflösung der Rückstellung	249
3		Verbindlichkeiten	249
	3.1	Verbindlichkeiten im Anlagevermögen und Umlaufvermögen	249
	3.2	Bewertung der Verbindlichkeiten	250
	3.2.1	Erfüllungsbetrag	250
	3.2.2	Höherer Stichtagswert/Teilwert	250
	3.2.3	Abgeld/Aufgeld	250
	3.2.4	Verbindlichkeiten in ausländischer Währung	251
	3.2.5	Abzinsung von Verbindlichkeiten	251
	3.3	Bewertung von Rentenverbindlichkeiten	252
	3.4	Saldierungsverbot	252
VII		Übertragung von Wirtschaftsgütern auf andere Betriebsvermögen	253
1		Grundsatz	253
2		Übertragungen in das Gesamthandsvermögen einer Personengesellschaft	253
3		Ergänzende Bestimmungen	255
	3.1	Übertragung mit dem Buchwert	255
	3.2	Übertragung mit dem Teilwert	256
4		Überführung von Wirtschaftsgütern zwischen dem inländischen Betriebsvermögen und einer ausländischen Betriebsstätte	257
	4.1	Gesetzliche Regelung	257
	4.2	Ausgleichsposten nach § 4g EStG	257
VIII		Technische Fragen	259
1		Notwendigkeit von Anpassungen	259
	1.1	Betriebsvermögensvergleich	259
	1.2	Die Zweischneidigkeit der Bilanz	259

1.3	Gewinnauswirkung von Bilanzberichtigungen auf das Ergebnis von zwei aufeinander folgenden Jahren	259
1.4	Gewinnauswirkung der Berichtigung von Entnahmen und Einlagen	260
2	Die »Mehr/Weniger«-Rechnung	261
2.1	Die Bilanzpostenmethode	261
2.2	Die G+V-Methode	262
2.3	Einzelfälle (gleichzeitig formale Darstellung)	262
2.3.1	Erhöhung eines Aktivpostens	262
2.3.2	Erhöhung eines Passivpostens	265
2.3.3	Änderungen im »Privatbereich«	266
2.3.4	Korrektur der nicht abzugsfähigen Betriebsausgaben gemäß § 4 Abs. 5, 5b und 7 EStG	267
2.3.5	Zusammenfassung/Formular bei der Mehr/Weniger-Rechnung	268
3	Notwendigkeit der Anpassungen an die Prüferbilanz	269
3.1	Allgemeines	269
3.2	Anpassungsbuchungen in der Buchführung des geprüften Unternehmens	270
4	Bilanzberichtigung, Bilanzänderung und Bilanzenzusammenhang	274
4.1	Bilanzberichtigung und Bilanzänderung	274
4.1.1	Bilanzberichtigung nach § 4 Abs. 2 S. 1 EStG	275
4.1.2	Bilanzänderung nach § 4 Abs. 2 S. 2 EStG	277
4.2	Der Bilanzenzusammenhang und seine Durchbrechung	278
 B Besteuerung der Personengesellschaft als Mitunternehmerschaft		281
 I Grundfragen zur Mitunternehmerschaft inklusive Einkunftsermittlung		283
1	Die Personengesellschaft im Steuerrecht – Überblick	283
2	Mitunternehmerschaft vs. Personengesellschaft und andere Begrifflichkeiten	284
2.1	Mitunternehmerschaft und Personengesellschaften	284
2.2	Begrifflichkeiten und kohärente Rechtsinstitute	286
2.2.1	Die Gesamthand	286
2.2.2	Kapitalanteil, Vermögenswert und Gesellschaftsanteil	286
2.2.3	Eine Personengesellschaft – eine Mitunternehmerschaft – ein Gewerbebetrieb?	287
3	Transparenzgrundsatz und Besteuerung gemäß § 15 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 EStG	287
3.1	Einführung	287
3.2	Ebene der Mitunternehmerschaft	288
3.2.1	Die gewerblich tätige Mitunternehmerschaft	289
3.2.2	Die gewerblich geprägte Personengesellschaft	292
3.2.3	Die weder gewerblich tätige noch gewerblich geprägte Personengesellschaft mit gewerblicher Beteiligung	294
3.3	Ebene der Gesellschafter (Mitunternehmer-Initiative und Mitunternehmer-Risiko) ..	297
3.3.1	Mitunternehmer-Initiative	297
3.3.2	Mitunternehmer-Risiko	297
3.3.3	Einzelfälle	298
3.3.4	Die verdeckte Mitunternehmerschaft	300
3.3.5	Die doppelstöckige (mehrstöckige) Personengesellschaft	301
3.3.6	Der Nießbrauch an der Beteiligung	306

4	Technik des Transparenzgrundsatzes: Die Gewinnkomponenten der Mitunternehmer	307
4.1	Einführung: Zweistufige Gewinnermittlung	307
4.2	Der Hintergrund der Regelung	307
4.2.1	»Gewinnanteil«	307
4.2.2	Vergütungen für Tätigkeit im Dienst der Personengesellschaft und für die Überlassung von Wirtschaftsgütern	308
4.2.3	Die Ergänzungsbilanz	310
4.2.4	Ein Problemfall: Die Tätigkeitsvergütung als Sonder-Betriebseinnahme, Gewinnvorweg oder Entnahme?	311
5	»Mehr- und Weniger-Rechnung« bei der Personengesellschaft (Mitunternehmerschaft)	315
II	Das Betriebsvermögen und die Ermittlung des laufenden Gewinns bei der Mitunternehmerschaft	317
1	Übersicht zur Gewinnermittlung bei der Mitunternehmerschaft – Schema	317
2	Die Gewinnermittlung auf der ersten Stufe (I): Das Steuerergebnis der Gesamthand	318
2.1	Die Steuerbilanz der Gesamthand	318
2.2	Auswirkungen für die Gewinnermittlung	319
2.3	Geänderte Gewinnverteilung, insbesondere bei späteren Betriebsprüfer-Feststellungen	321
3	Die Ergänzungsbilanz: Individueller Anteil am Gesamthandsergebnis	322
4	Das Sonder-Betriebsvermögen und die Sonderbilanz	324
4.1	Übersicht	324
4.2	Das Sonder-Betriebsvermögen I	325
4.2.1	Der Grundtatbestand	325
4.2.2	Das Konkurrenzproblem mit dem eigenen Betriebsvermögen	327
4.2.3	Die spezielle Gewinnermittlung beim Sonder-Betriebsvermögen I	328
4.3	Das Sonder-Betriebsvermögen II	331
4.3.1	Der Grundtatbestand	331
4.3.2	Anwendungsfälle zum notwendigen und gewillkürten Sonder-Betriebsvermögen II	332
4.3.3	Sonderbetriebsvermögen über die Grenze	334
4.4	Verfahrensrechtliche Fragen	334
III	Die Doppelgesellschaften im Konzept der Mitunternehmer-Besteuerung	337
1	Klarstellung	337
2	Die GmbH & Co. KG	337
2.1	Grundsatzverständnis und Erscheinungsformen	337
2.1.1	Zivilrechtliche Grundlagen, insbesondere bei Errichtung der GmbH & Co. KG	338
2.1.2	Erscheinungsformen der GmbH & Co. KG	339
2.1.3	Das dogmatische Grundmuster im Steuerrecht	339
2.2	Die Gewinnermittlung bei der GmbH & Co. KG	342
2.2.1	Die Grundaussage	342
2.2.2	Die Familien-GmbH & Co. KG	344
2.2.3	Die GmbH & Co. KG und gewerblicher Grundstückshandel	345
2.2.4	Die »Einmann«-GmbH & Co. KG	345
2.3	Das Betriebsvermögen bei der GmbH & Co. KG	345
2.3.1	Die Handelsbilanz-Besonderheiten	345
2.3.2	Das steuerliche Betriebsvermögen	346

2.4	Besonderheiten	348
2.4.1	Die einheitliche GmbH & Co. KG	348
2.4.2	Die Anteilsveräußerung	349
2.4.3	Die verdeckte Gewinnausschüttung bei der GmbH & Co. KG	351
2.4.4	Entnahmen und Einlagen bei der GmbH & Co. KG	352
2.5	Die »Körperschaftsklausel«	353
2.6	Ausländische KapG im Sonder-BV einer GmbH & Co. KG	354
3	Die (atypisch) stille Gesellschaft, insbesondere die GmbH & atypisch still	354
3.1	Die Grundaussage zur stillen Gesellschaft	354
3.1.1	Die Unterscheidung zwischen typisch und atypisch stiller Gesellschaft	354
3.1.2	Die stille Beteiligung und deren Veräußerung	358
3.2	Die GmbH & atypisch still – ein Kind der Praxis	359
3.3	Optionen der GmbH & atypisch still	361
4	Die Betriebsaufspaltung	362
4.1	Kennzeichen der Betriebsaufspaltung und Gestaltungsmöglichkeiten	362
4.1.1	Betriebsaufspaltung und § 1a KStG	364
4.1.2	Weitere Hinweise	364
4.2	Steuerrechtliche Gestaltungsparameter (Voraussetzungen) bei der Betriebsaufspaltung	364
4.2.1	Die erste Voraussetzung: Die sachliche Verflechtung	365
4.2.2	Die personelle Verflechtung	368
4.3	Die steuerlichen Folgen der Betriebsaufspaltung	375
4.3.1	Begründung der Betriebsaufspaltung (der Weg in die Betriebsaufspaltung)	375
4.3.2	Laufende Besteuerung – Chancen und Gefahren	378
4.3.3	Beendigung der Betriebsaufspaltung	383
4.4	Besondere Erscheinungsformen der Betriebsaufspaltung	384
4.4.1	Die umgekehrte Betriebsaufspaltung	384
4.4.2	Die kapitalistische Betriebsaufspaltung	385
4.4.3	Die mitunternehmerische Betriebsaufspaltung	386
4.4.4	Sonstige Fälle	387
4.4.5	Die unerkannte Betriebsaufspaltung (bzw. die Betriebsaufspaltung in der Außenprüfung)	388
4.4.6	Der Weg aus der Betriebsaufspaltung	388
5	Die KGaA und neuere Typenverbindungen	388
5.1	Die Kapitalgesellschaft-KGaA bzw. die GmbH & Co. KGaA	389
5.2	Die Stiftung & Co. KG	392
IV	Anfang und Ende einer Personengesellschaft	393
1	Gründung einer Personengesellschaft	393
1.1	Sacheinlage aus dem Privatvermögen	393
1.1.1	Sonderfall: Sacheinlage auf vermögensverwaltende Personengesellschaft	395
1.1.2	Die Übersicht zu den Einlagen (aus dem Privatvermögen)	395
1.2	Sacheinlage aus dem Betriebsvermögen – Einzel-Wirtschaftsgüter	397
2	Der Sonderfall: Die Einbringung nach § 24 UmwStG	399

2.1	Überleitung von der Sacheinlage (Einzel-Wirtschaftsgüter) zur Einbringung funktioneller Einheiten (Betrieb usw.)	399
2.1.1	Einführung	399
2.1.2	Abgrenzung zu ESt-Vorschriften	401
2.1.3	Die Voraussetzungen des § 24 UmwStG	402
2.1.4	Rechtsfolgen der Einbringung	404
2.1.5	Ausübung des Wertansatzes über Ergänzungsbilanzen	405
2.1.6	Änderungen des § 24 UmwStG aufgrund des SEStEG (2006) sowie des JStG 2009	406
2.1.7	Gegenstand der Einbringung und Voraussetzung für das Wahlrecht	408
2.2	Einführender Fall zu § 24 UmwStG	409
2.3	Das Wahlrecht und die unterschiedliche Interessenlage	410
2.3.1	Grundsätzliche Überlegungen	410
2.3.2	Ein schematischer Überblick	412
2.4	Variante – gemeiner Wert	413
2.4.1	Folge für die offene Handelsgesellschaft	413
2.4.2	Folge für den Einbringenden	413
2.5	Buchwertvariante	414
2.5.1	Die erste Buchwertvariante (die sog. Netto-Methode: Kapitalkontenanpassung)	414
2.5.2	Die zweite Buchwertvariante (die sog. Brutto-Methode)	415
2.6	Zwischenwertvariante	416
2.7	Spezialprobleme bei § 24 UmwStG	416
2.7.1	Zuzahlung in das Privatvermögen des bisherigen Einzelunternehmers	417
2.7.2	Die unentgeltliche Aufnahme eines Partners: Fall des § 24 UmwStG?	421
2.8	Zusammenfassung der Rechtsfolgen für die Personengesellschaft	421
2.9	Zusammenstellung der denkbaren Fälle zu § 24 UmwStG	422
3	Die laufende Besteuerung der Personengesellschaft	422
4	Die Auflösung der Personengesellschaft	422
5	Die Realteilung der Personengesellschaft	423
5.1	Historische Einleitung und gesellschaftsrechtlicher Hintergrund	423
5.2	Tatbestand und Rechtsfolgen bei einer Realteilung von steuerfunktionalen Einheiten	426
5.2.1	Die Grundaussage	426
5.2.2	Weitere bilanztechnische Folgen	427
5.3	Einzelwirtschaftsgüter als Teilungsmassen	428
5.4	Der Mitunternehmeranteil als Teilungsgegenstand	429
5.5	Realteilung mit Spitzenausgleich	430
5.6	Folgewirkungen bei der Realteilung	432
5.7	Auswirkungen auf andere Steuern	432
V	Die Beteiligung an einer Personengesellschaft inklusive Personenstandsänderungen, insbesondere die Veräußerung	433
1	Einführung	433
2	Die Bilanzierung der Beteiligung	434
2.1	Die Beteiligung in der Handelsbilanz	434
2.2	Die Beteiligung in der Steuerbilanz (aktuelle Rechtslage 2023)	436

3	Der Eintritt in die Personengesellschaft	438
4	Die Veräußerung der Beteiligung (§ 16 Abs. 1 Nr. 2 EStG)	438
4.1	Grundtatbestand und Modalitäten	438
4.1.1	Das Sonder-Betriebsvermögen bei § 16 Abs. 1 Nr. 2 EStG	438
4.1.2	Bruchteilsveräußerung von Mitunternehmeranteilen	440
4.1.3	Veräußerungsvorgang und -zeitpunkt	440
4.2	Die Besteuerung beim Veräußerer	441
4.3	Auswirkungen auf die Personengesellschaft und den Neugesellschafter	443
4.3.1	Zu- und Abschreibung (?) in der Ergänzungsbilanz des Erwerbers	443
4.3.2	Fortschreibung der Ergänzungsbilanz	445
4.3.3	Besonderheiten	447
5	Das Ausscheiden durch An-/Abwachsung	449
5.1	Die An-/Abwachsung als Anwendungsfall des § 16 Abs. 1 Nr. 2 EStG	449
5.2	Problemfelder beim Ausscheiden	451
5.3	Die Sachwertabfindung als besondere Form der Abfindungsvereinbarung	453
5.4	Das Anwachsungsmodell	455
5.5	Veräußerung bei vermögensverwaltender PersG	455
6	Die Vererbung	456
VI	Sonderfragen	457
1	Inter-/intrasubjektive Übertragungen von Wirtschaftsgütern bei einer Mitunternehmerschaft	457
2	§ 35 EStG im Recht der Personengesellschaften	459
2.1	Grundlagen	459
2.2	Persönlicher und sachlicher Anwendungsbereich – allgemein	460
2.3	Besonderheiten (Steuerermäßigung) bei Mitunternehmerschaften	461
2.3.1	Einheitliche und gesonderte Feststellung (§ 35 Abs. 2 S. 1 EStG)	461
2.3.2	Gewinnverteilungsschlüssel (§ 35 Abs. 2 S. 2 EStG)	461
2.3.3	Aufteilung bei Auslandsbeteiligungen (§ 35 Abs. 2 S. 3 EStG)	463
2.3.4	Mehrstöckige Personengesellschaften (§ 35 Abs. 2 S. 5 EStG)	463
2.3.5	Gewerbesteuer-Messbetrag bei unterjähriger Unternehmensübertragung und Gesellschafterwechsel	464
3	Die Thesaurierungsbegünstigung (ab 2008)	465
3.1	Die Intention des Unternehmenssteuerreformgesetzes (2008)	465
3.2	Die Regelung im Überblick	466
3.2.1	Systematische Einordnung	466
3.2.2	Regelungsinhalt des § 34a EStG	466
3.3	Die Tatbestandsmerkmale für den »nicht entnommenen Gewinn«	467
3.3.1	Nicht entnommener Gewinn (Rz. 11–21 BMF)	467
3.3.2	Steuerfreie Gewinnanteile (Rz. 17 und 18 BMF)	469
3.3.3	Nicht abzugsfähige Betriebsausgaben (Rz. 16 BMF)	470
3.3.4	Gewinneinkünfte	470
3.3.5	Ausnahme für Veräußerungsgewinne (Rz. 4–6 BMF)	470
3.3.6	Antragsrecht	471
3.3.7	Die persönliche Steuerpflicht	471
3.4	Die Nachversteuerung	472
3.4.1	Der nachversteuerungspflichtige Betrag (Rz. 23 ff. BMF)	472
3.4.2	Nachversteuerungsbetrag (Rz. 27 ff. BMF)	474

		3.4.3 Übertragung und Überführung von Wirtschaftsgütern (Rz. 32 ff. BMF) ..	476
		3.4.4 Steuersatz bei der Nachversteuerung	476
		3.4.5 Nachversteuerung in sonstigen Fällen	476
	3.5	Besonderheiten	477
		3.5.1 Unentgeltliche Übertragung und Einbringung gem. § 24 UmwStG (Rz. 47 BMF)	477
		3.5.2 Negative Einkünfte	478
		3.5.3 Zuständigkeitsregelungen und Verfahrensvorschriften	478
		3.5.4 Vorauszahlungen	478
4		§ 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG und das SEStEG	479
VII		Das KöMoG	481
1		Überblick	481
2		Voraussetzungen der Option	481
3		Vorhandenes Sonder-BV bei der optierenden KG	481
4		Rechtsfolgen	482
	4.1	Leistungsaustauschbeziehungen	482
	4.2	Beteiligungen an optierenden KG	482
5		Empfehlung	482
6		Umkehrung des Optionsmodells	483
VIII		Das MoPeG	485
1		Überblick und Historie (Auszug aus Pressemitteilung des Bundesministeriums der Justiz, 20.04.2020)	485
2		Rechtsfähige versus nicht rechtsfähige Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)	485
	2.1	Die rechtsfähige GbR	485
	2.2	Die nicht rechtsfähige GbR	486
3		Registrierung der rechtsfähigen GbR	486
4		Beibehaltung der Gestaltungsfreiheit von Gesellschaftsverträgen	487
5		Öffnung der Personenhandelsgesellschaften für Freiberufler	487
6		Sitzwahlrecht	487
7		Beschlussmängelrecht	487
8		Neukonzeptionierung des Gesellschaftsvermögens einer GbR (Aufgabe der Gesamthand) ...	488
9		Haftung	488
10		Ausscheiden und Auflösung der GbR	489
11		Gesamthand und Steuerrecht	489
		C Körperschaftsteuerrecht	491
I		Grundlagen der Besteuerung von Körperschaften	493
1		Das Prinzip der anteiligen Doppelbelastung	493
2		Die Prinzipien der Unternehmenssteuerreform 2008	494
II		Die persönliche Körperschaftsteuerpflicht	497
1		Die persönliche Steuerpflicht von Körperschaften und Sondervermögen	497
	1.1	Überblick	497
	1.2	Körperschaftsteuerpflicht eines Vereins	498
	1.3	Option zur Körperschaftsteuer (§ 1a KStG)	499

2	Die persönliche Steuerpflicht von Kapitalgesellschaften	501
2.1	Beginn und Ende der unbeschränkten Steuerpflicht	501
2.1.1	Grundlagen	501
2.1.2	Beginn der unbeschränkten Steuerpflicht	502
2.1.3	Ende der unbeschränkten Körperschaftsteuerpflicht	503
2.2	Folge der unbeschränkten Steuerpflicht	503
2.3	Beschränkte Steuerpflicht von Kapitalgesellschaften	504
2.4	Beschränkte Steuerpflicht sonstiger Körperschaften	504
3	Besteuerung der öffentlichen Hand	505
3.1	Überblick	505
3.2	Tatbestandsmerkmale des Betriebes gewerblicher Art	505
3.3	Rechtsfolgen der wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand	506
4	Besteuerung von steuerbegünstigten Körperschaften	509
4.1	Überblick	509
4.2	Voraussetzung der Steuerbefreiung	510
4.2.1	Formale Anforderungen	510
4.2.2	Materielle Anforderungen	510
4.3	Rechtsfolgen	512
4.3.1	Umfang der Steuerbefreiung	512
4.3.2	Steuerfolge	514
III	Die sachliche Körperschaftsteuerpflicht	517
1	Überblick	517
2	Ermittlung des Einkommens einer Kapitalgesellschaft	517
2.1	Veranlagungszeitraum und Einkommens-Ermittlungszeitraum	517
2.2	Ermittlung des zu versteuernden Einkommens	518
3	Körperschaftsteuerliche Besonderheiten	520
3.1	Überblick	520
3.2	Beteiligungsergebnisse	521
3.2.1	Kürzungen der Beteiligungserträge	521
3.2.2	Nicht abzugsfähige Gewinnminderungen aus Beteiligungen	524
3.2.3	Nicht abzugsfähige Betriebsausgaben	525
3.2.4	Sonderproblem: Anteilsveräußerungen nach vorangegangener Einbringung	527
3.3	Sonstige Hinzurechnungen und Kürzungen	531
3.3.1	Nicht abzugsfähige Aufwendungen	531
3.3.2	Gewinnanteile an den Komplementär einer Kommanditgesellschaft auf Aktien	532
3.3.3	Abziehbare Spenden	532
3.4	Unternehmensfremdfinanzierung	533
3.4.1	Grundfragen der Regelung	533
3.4.2	Grundtatbestand des § 4h EStG	534
3.4.3	Zinsvortrag und EBITDA-Vortrag	535
3.4.4	Ausnahmen und Rückausnahmen	537
4	Verdeckte Gewinnausschüttungen (vGA)	539
4.1	Überblick	539
4.2	Abgrenzung offene Gewinnausschüttung und verdeckte Gewinnausschüttung	541
4.3	Grundlagen der verdeckten Gewinnausschüttung	542

	4.3.1	Tatbestand der verdeckten Gewinnausschüttung	542
	4.3.2	Erscheinungsformen der verdeckten Gewinnausschüttung und Konkurrenzen	545
4.4		Rechtsfolgen der verdeckten Gewinnausschüttung	549
	4.4.1	Überblick	549
	4.4.2	Rechtsfolgen bei der Kapitalgesellschaft	550
	4.4.3	Rechtsfolgen beim Anteilseigner	555
4.5		Einzelfälle	558
	4.5.1	Verstoß gegen das Wettbewerbsverbot/Geschäftschancenlehre	558
	4.5.2	Geschäftsführer-Vergütung (außer Pensionszusage)	561
	4.5.3	Pensionszusagen	568
	4.5.4	Risikogeschäfte	574
5		Verdeckte Einlagen	575
	5.1	Überblick	575
	5.2	Begriff der verdeckten Einlage	577
	5.3	Rechtsfolgen der verdeckten Einlage	579
	5.3.1	Rechtsfolgen auf der Ebene der Kapitalgesellschaft	579
	5.3.2	Rechtsfolgen auf der Ebene des Anteilseigners	581
	5.4	Einzelfälle	583
	5.4.1	Forderungsverzicht	583
	5.4.2	Verzicht auf eine Pensionszusage	585
	5.4.3	Zuwendung von Vorteilen an Schwestergesellschaften	587
	5.4.4	Verdeckte Einlage von nahe stehenden Personen	588
6		Materielles und formelles Korrespondenzprinzip	588
	6.1	Ausgangslage und Problem	588
	6.2	Das formelle und materielle Korrespondenzprinzip bei verdeckten Gewinnausschüttungen	589
	6.2.1	Grundtatbestand und Grundfälle	589
	6.2.2	Systematische Schwächen	591
	6.3	Formelle und materielle Korrespondenz bei verdeckten Einlagen	592
	6.4	Korrespondenz in Dreiecksverhältnissen	593
IV		Die steuerliche Behandlung der Ergebnisverwendung bei Kapitalgesellschaften	595
1		Überblick	595
2		Steuerliche Folgen der Gewinnthesaurierung	595
	2.1	Rechtsfolgen in der Übergangszeit (bis 2006)	595
	2.2	Rechtsfolgen ab der Umstellung (ab 2007)	595
3		Besonderheiten bei Gewinnausschüttungen	595
4		Steuerliche Folgen von Verlusten	597
	4.1	Grundlagen	597
	4.2	Verlustvortrag – Überblick	598
	4.3	Die Verlustabzugsbeschränkung des § 8c KStG – Überblick	599
	4.3.1	Vom Mantelkauf zum schädlichen Beteiligungserwerb	599
	4.3.2	Grundsystematik des § 8c KStG	600
	4.3.3	Abmilderungen der Vorschrift	600
V		Die Bedeutung der Organshaft	603
1		Überblick	603
2		Gesellschaftsrechtliche Grundlagen der Organshaft	603

3	Steuerrechtliche Voraussetzungen der Organschaft	604
3.1	Organgesellschaft und Organträger	604
3.2	Finanzielle Eingliederung	605
3.3	Ergebnisabführungsvertrag	607
4	Einkommensermittlung bei der Organschaft	610
4.1	Überblick	610
4.2	Einkommensermittlung der Organgesellschaft	610
4.3	Einkommensermittlung des Organträgers	615
5	Besonderheiten der Organschaft	619
5.1	Vorzeitige Beendigung von Organschaften und verunglückte Organschaft	619
5.2	Besteuerung von Ausgleichszahlungen	621
5.3	Verfahrensrechtliche Besonderheiten bei der Organschaft	621
VI	Die steuerliche Behandlung von Kapitalmaßnahmen	623
1	Die Behandlung von Kapitalerhöhungen	623
1.1	Gesellschaftsrechtliche Grundlagen der Kapitalerhöhung	623
1.2	Steuerliche Besonderheiten der Kapitalerhöhung	624
2	Die Behandlung der Kapitalherabsetzung	625
2.1	Die gesellschaftsrechtlichen Grundlagen der Kapitalherabsetzung	625
2.2	Steuerliche Besonderheiten der Kapitalherabsetzung	625
2.2.1	Behandlung der Kapitalherabsetzung	626
2.2.2	Vereinfachte Kapitalherabsetzung ohne Auskehrung von Vermögen ...	626
3	Die steuerliche Behandlung der Liquidation	627
3.1	Gesellschaftsrechtliche Grundlagen der Liquidation	627
3.2	Besonderheiten der Liquidation auf Gesellschaftsebene	628
3.2.1	Systematische Grundlagen	628
3.2.2	Einkommensermittlung im Abwicklungszeitraum	628
3.3	Besonderheiten auf der Ebene des Anteilseigners	630
3.3.1	Systematische Grundlagen	630
3.3.2	Behandlung eines Auflösungsverlustes	630
D	Umwandlungssteuerrecht	631
I	Zivilrechtliche Grundlagen der Umwandlung	633
1	Allgemeines	633
2	Fälle der Verschmelzung	633
2.1	Beteiligte Rechtsträger	634
2.2	Weitere Voraussetzungen	635
2.3	Die Grundentscheidungen des Umwandlungsgesetzes	636
II	Steuerrechtliche Grundlagen der Umwandlung	637
1	Aufbau und Rechtsquellen	637
1.1	Allgemein	637
1.2	Geltungsbereich des Umwandlungssteuergesetzes	638
2	Zeitliche Anwendung des Umwandlungssteuergesetzes	640
3	Steuerliche Rückwirkung	640
3.1	Grundzüge, insbesondere zum Übertragungstichtag	640
3.2	Von der Rückwirkung erfasste Steuerarten	642

3.3	Folgerungen aus der Rückwirkung	642
3.3.1	Leistungsbeziehungen zwischen den beteiligten Rechtsträgern und ihren Gesellschaftern	642
3.3.2	Gewinnausschüttungen	643
3.3.3	Ausnahmen der steuerlichen Rückwirkung	644
III	Umwandlung von der Kapitalgesellschaft auf die Personengesellschaft	647
1	Steuerliche Regelungen für den übertragenden Rechtsträger – Ermittlung des Übertragungsgewinns	647
1.1	Ansatz mit dem gemeinen Wert	647
1.2	Ansatz mit dem Buchwert/Zwischenwert	649
2	Steuerliche Regelungen für den übernehmenden Rechtsträger – Ermittlung des Übernahmeergebnisses bzw. eines Beteiligungskorrekturgewinns	651
2.1	Wertansatz und Rechtsnachfolge	651
2.2	Beteiligungskorrekturgewinn	653
2.3	Übernahmeergebnis (§§ 4 Abs. 4, 5 UmwStG): Übernahmegewinn/ Übernahmeverlust	655
2.3.1	Übernahmeergebnis Stufe I – Anschaffungs-, Einlage- und Überführungsfiktion	655
2.3.2	Übernahmeergebnis Stufe II – Besteuerung der offenen Rücklagen	656
2.4	Behandlung des Übernahmeverlustes	660
2.5	Besteuerung des Übernahmegewinns	660
3	Gewinnerhöhung und -minderung durch Vereinigung von Forderungen und Verbindlichkeiten – Übernahmefolgeergebnis	662
4	Besteuerung nicht wesentlich beteiligter Anteilseigner	663
5	Vermögensübergang auf eine natürliche Person	663
6	Umwandlung von der GmbH in die GmbH & Co. KG	663
7	Formwechsel von einer Kapitalgesellschaft in eine Personengesellschaft	665
IV	Verschmelzung von Kapitalgesellschaften	667
1	Steuerliche Behandlung beim übertragenden Rechtsträger	668
1.1	Ansatz mit dem gemeinen Wert	668
1.2	Ansatz mit dem Buchwert/Zwischenwert	669
1.3	Beteiligungskorrekturgewinn	671
2	Steuerliche Behandlung beim übernehmenden Rechtsträger – Ermittlung des Übernahmeergebnisses bzw. eines Beteiligungskorrekturgewinns	672
2.1	Wertansatz und Rechtsnachfolge	672
2.2	Beteiligungskorrekturgewinn	673
2.3	Übernahmeergebnis und dessen Besteuerung	673
3	Gewinnerhöhung und -minderung durch Vereinigung von Forderungen und Verbindlichkeiten – Übernahmefolgeergebnis	678
4	Auswirkungen auf den steuerlichen Eigenkapitalausweis: Nennkapitalherabsetzung beim übertragenden Rechtsträger und Nennkapitalerhöhung beim aufnehmenden Rechtsträger	678
5	Besteuerung der Anteilseigner der übertragenden Kapitalgesellschaft	680
5.1	Anwendung des § 13 UmwStG	680
5.2	Bestimmung des fiktiven Veräußerungspreises	681
5.3	Besteuerung des (fiktiven) Veräußerungsgewinns/-verlusts	681

V	Spaltung	683
1	Bilanzielle Darstellung der Spaltung	684
2	Spaltung im Steuerrecht	686
3	Steuerliche Regelungen für den übertragenden Rechtsträger – Ermittlung des Übertragungsgewinns	686
3.1	Ansatz mit dem gemeinen Wert	686
3.2	Ansatz mit dem Buchwert/Zwischenwert	686
3.2.1	Definition des Teilbetriebs	687
3.2.2	Missbrauchstatbestände des § 15 Abs. 2 UmwStG	688
3.3	Beteiligungskorrekturgewinn	690
3.4	Minderung von Steuerkapazitätspositionen	691
4	Steuerliche Behandlung beim übernehmenden Rechtsträger – Ermittlung des Übernahmeergebnisses bzw. eines Beteiligungskorrekturgewinns	691
5	Auswirkungen auf den steuerlichen Eigenkapitalausweis	691
6	Besteuerung der Anteilseigner der übertragenden Kapitalgesellschaft	692
VI	Einbringung in eine Kapitalgesellschaft	695
1	Steuerliche Ansätze bei der Kapitalgesellschaft	697
2	Veräußerungspreis und Anschaffungskosten bei der Einbringung	701
3	Zeitpunkt der Einbringung und Rückwirkung	703
3.1	Besteuerung der Anteilseigner	707
3.2	Veräußerungen von Anteilen aus einer Anteilseinbringung (§ 22 Abs. 2 UmwStG) ...	710
3.3	Nachweispflicht über das Halten von Anteilen	712
3.4	Rechtsfolgen bei der übernehmenden Gesellschaft	712
VII	Formwechsel	715
	Stichwortverzeichnis	717